

In der Programmdebatte bereits offen geäußert, man möge doch diese überholte Prinzipienreiterei lassen. Die Führer besitzen wenigstens den Mut, die politische Charakterlosigkeit der Sozialdemokratie offen zuzugeben.

Eine wichtige Frage wird auf dem Parteitag der Sachsen (S. 1) spielen. Die 23 Landtagsabgeordneten in Dresden spielen seit Jahren auf alle Parteibeschlüsse der sächsischen Parteimitgliedschaft und bleiben in der Regierung wie an ihren Parlamentssitzen mit unverbrüchlicher Treue zu den Vätern stehen. Wenn man den Vätern glauben möchte, die in der sächsischen SPD-Presse ein scharfes Gesetz erlassen haben, dann bleibt in Heidelberg nur eins übrig: Die 23 fliegen aus der Partei.

Man denke nur daran, unter welchen radikalen Redensarten vor drei Jahren die Vereinigung der USPD mit der SPD in Nürnberg vollzogen wurde. Damals schüttelte Arthur Crispian noch wie ein richtiger Volkstribun die Mähne und kündigte der Bourgeoisie den schärfsten Klassenkampf an. Heute würden Crispian, der schon so manches Mal umgelernt hat, auch diese radikalen Töne im Halse stecken bleiben. Unter der Behauptung, die SPD solle radikalisiert werden, hat sich damals die Vereinigung vollzogen. Aber die SPD wurde nicht radikalisiert und den hinzugekommenen Vätern wie den traditionellen im alten Stahl geliebten Vorradikalen blieb nichts weiter übrig, als im Sumpfe zu versinken. Das tat es denn auch wieder — sie werden es auch in Heidelberg wieder tun.

Johr Bedeutung wird dadurch nicht wachsen in dieser Partei, die den großen Klotz bildet, der der Revolutionierung der deutschen Arbeiterschaft im Wege liegt. Nur dann wird der linke Flügel der SPD eine Bedeutung gewinnen, wenn er sich gemeinsam mit dem revolutionären Flügel des deutschen Proletariats, der in der kommunistischen Partei zusammengeschlossen ist, daran macht, den Klotz aus dem Wege zu räumen.

Rückgang der SPD.

München. Die Sozialdemokratische Partei in Bayern ist nach dem offiziellen Jahresbericht vom 1. April 1924 bis zum 31. März 1925 von 103.000 eingeschriebenen Mitgliedern auf 83.000 zurückgegangen.

Der Eisenbahner-Schiedspruch von den Gewerkschaften abgelehnt

Berlin. In dem Schreiben, das von den Verbänden an den Reichsarbeitsminister gerichtet wurde, heißt es: „Zu dem Schiedspruch vom 10. dieses Monats in Sachen Lohnstreik bei der Reichsbahngesellschaft, erklären die unterzeichneten Organisationen nach eingehender Stellungnahme, daß sie diesen Schiedspruch in jeder Beziehung ablehnen müssen. Der Schiedspruch geht erstens von falschen Voraussetzungen aus, indem er eine noch gar nicht bewiesene Preisentzugsaktion und eine von uns mit Tarifmaterial befristete finanzielle Notlage der Reichsbahngesellschaft unterstellt. Zweitens berücksichtigt der Schiedspruch nicht die tatsächlichen Verhältnisse, die insbesondere darin bestehen, daß seit der durch Schiedspruch vom 13. März 1925 getroffenen Lohnfestsetzung eine sehr erhebliche Verteuerung der Lebensmittelpreise eingetreten ist. Die Gewerkschaften sind deshalb tatsächlich schon moralisch verpflichtet, jede Gelegenheit zur Anpassung des Einkommens ihrer Mitglieder an die Lebensverhältnisse wahrzunehmen, und müssen sich in dieser Beziehung alle Schritte vorbehalten.“

Der Jugenbergsche „Berliner Volksanzeiger“ erwartet „keine Verschärfung der Lage“. Er schreibt, daß man wohl annehmen kann...

daß die Organisationen ebenso wie ihre Mitglieder sich mit der jetzt feststehenden Lohnregelung abfinden werden. Zu diesem Entschluß dürfte auch die Tatsache beitragen, daß man in den Kreisen der Gewerkschaften nichts unternehmen will, was die wirtschaftliche Lage in Deutschland verschlimmern könnte und was zu einer Verteuerung der Produktionskosten führen würde.“

Die Eisenbahner dürfen auf keinen Fall sich durch die „Preisabbau“-Schwindelaktion der Regierung in ihren Entschlüssen beeinflussen lassen.

Das „Berliner Tageblatt“ schildert die verhängnisvolle, schlappere Jauchepolitik der Verbände wie folgt:

„Es werden vielmehr, wie wir zuverlässig erfahren, eine abwartende Haltung einnehmen und erst, wenn die mit den großen Worten angekündigte Preisentzugsaktion der Reichsregierung zu keinem Ergebnis geführt hat, den neuen Tarifvertrag kündigen. Erklärt aber das Reichsarbeitsministerium den Schiedspruch nicht für verbindlich, so werden die Gewerkschaften zweifellos den tariflosen Zustand nicht dulden und zu dem letzten Nachtmittel, dem Streik, greifen.“

Selbstverständlich wird der Schiedspruch von dem Schlichter verbindlich erklärt werden, denn die bisherigen Grundzüge bleiben bis auf weiteres bestehen, die von der Reichsbahn A. S. bereits zugestandenen Ortsanlagen gelten als tarifliche Regelung, lediglich die Schichtlohnzulage wird ab 1. September von 10. auf 20 % erhöht werden. Das bedeutet praktisch Ablehnung realer Lohnerhöhung. Die geringfügige Erhöhung des Schichtlohnes kommt nur den Bahnhofsarbeitern zugute, deren Lohn unter jedem Niveau war. Die betroffenen Eisenbahner können unmöglich „abwartende Haltung“ einnehmen und sich gebulden, bis der „Preisabbau“-Stich der Regierung komplett ist.

In den Verhandlungen gilt es, die Führer zu zwingen, sich nicht mit „alle Schritte vorbehalten“, sondern Schritte tatsächlich zu tun!

Keine Aufbesserung der Beamtenegehälter

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtages erklärte der Finanzminister Döpfer-Wilhoff bei der Beratung des Finanzprojekts, daß die Reichsregierung eine einmalige Gehaltserhöhung von 100 Mark für die Beamten abgelehnt habe. Auf neuerliche Verhandlungen über Aufbesserung der Beamtenegehälter habe die Reichsregierung wiederum ablehnend reagiert, mit der Erklärung, daß jede Erhöhung der Löhne der Beamten aber jede Gehaltserhöhung eine Rückwirkung hätte auf die Löhne der Eisenbahner und Industriearbeiter, und daß dadurch der Erfolg der Preisentzugsaktion in Frage gestellt würde. Das preussische Budget werde ein Defizit von 22 Millionen ergeben, also könne Preußen allein die Beamtenegehälter nicht erhöhen. Zur Auseinandersetzung mit den Hochgelehrten sei ein Reichsermächtigungsgeleitz notwendig. Die Ersparnisse aus dem Abbau preussischer Beamter, Angestellter und Arbeiter befreit Döpfer-Wilhoff auf jährlich 36 Millionen.

Die Geheimnisse der deutschen Sicherheitspolitik

Es wird jetzt bekannt, daß zwei Vertreter der deutschen Regierung sich inoffiziell in Genf befinden, um Fühlung mit den Entente-Diplomaten über die Sicherheitsfrage aufzunehmen. Es ist das erstens Geheimrat v. Bülow, der Völkerbundesreferent des Auswärtigen Amtes, der als Gegner des deutschen Eintritts in den Völkerbund gilt, ferner der Staatssekretär v. Bismarck, ein typischer Bureaucrat der noch wilhelminischen Zeit, der sich bisher in der Völkerbundesfrage nicht feigelegt hat. Besondere geistige und diplomatische Leistungen hat niemand von Herrn v. Bismarck zu erwarten.

Zusammenhänge die führenden Persönlichkeiten der deutschen Regierung an der Nordsee. Stresemann erhält sich auf

Der Rote Frontkämpfer-Bund

ist die Organisation aller proletarischen Frontsoldaten, die einen neuen imperialistischen Krieg bekämpfen.

Die Sammlung der Massen im RFB. ist die letzte Stufe gegen die Raubgelüste der Imperialisten.

Werbt für den Roten Frontkämpfer-Bund!

Kardern von den Strapazen seines Sommerfeldzuges und Luther auf Seil. Man hat aber den Eindruck, daß die beiden Herren nicht nur zum Vergnügen am Nordseestrand spazieren, sondern daß sie den Vorwand benutzen, um nicht in Berlin zu sein und sich vor Entscheidungen zu drücken. Im Prinzip ist ja die Reichsregierung längst für den Völkerbund und für den Sicherheitspakt. Aber man weiß nach nicht, wie man es den schwarz-weiß-rotten Wählern sagen soll. Darum das Jögger, darum der ergötliche Streit, wer Stresemann nach Lausanne begleiten soll. Stresemann möchte zur Rückendeckung Schiele und Luther mitnehmen. Der deutschnationalen Innenminister soll seine Unterschrift zu den Entscheidungen in Lausanne geben und dadurch keine Partei binden. Denn Schiele ist der offizielle Vertrauensmann seiner Partei in der Lutherregierung. Er war ja als Nachfolger Herats der deutschnationalen Parteivorsitzende, bevor er ins Innenministerium berufen wurde. Schiele erhebt die Leitung der Partei, weil er eine schwankende Mittelstellung zwischen dem völkischen Flügel der Deutschnationalen unter Freytag-Loringhoven und dem Schwerindustrie-Flügel unter Jugenberg einnimmt. Schiele als neutraler Mann konnte beide Flügel abwechselnd befriedigen.

Im Reichskabinett schwankt er demgemäß hin und her. Heute bekämpft er die Politik Stresemanns, um sie morgen zu unterstützen.

Der Reichsanwalt Luther selbst ist in erster Linie darauf bedacht, seine Regierungskoalition aufrecht zu erhalten. In der Sache will er dasselbe wie die Schwerindustrie. Das heißt, er ist für Völkerbund und Sicherheitspakt und für die Weltorientierung, aber er möchte es mit den schwarz-weiß-rotten Verbänden, mit den nationalstischen Mittelstücken nicht ganz verderben.

Auf die sogenannten vaterländischen Verbände, auf die die „Deutsche Zeitung“, auf die Alldeutschen und den ganzen Kreis der völkischen Opposition wirkt die Persönlichkeit Stresemanns wie das rote Tuch. Darum hat Luther sich in den letzten Monaten mehrfach mit dem Gedanken getragen, Stresemann als Person in die Wüste zu schicken, um dann mit einem nichtkompromittierten Außenminister die Stresemannpolitik weiter zu machen.

Seitdem ist das persönliche Verhältnis zwischen Luther und Stresemann sehr gespannt. Stresemann und Schiele sind festlich verfeindet. Ob also Luther und Schiele den Wunsch Stresemanns erfüllen und nach Lausanne mitkommen werden, ist außerordentlich zweifelhaft. All diese Intrigen und persönlichen Gegenläufe können zwar die Entscheidung herausdrücken, im wesentlichen wird doch geschehen, was der Reichsverband der Industriellen will. Aber es ist doch charakteristisch, mit welcher schlechtem Gewissen die leitenden deutschen Staatsmänner in die Weltorientierung hineingehen. Herr Stresemann läßt in den ihm nahestehenden Presseorganen einen Feldzug gegen Luther und Schiele beginnen. Das ganze ist ein erbauendes Spiel. Die Außenpolitik der Lutherregierung ist genau so kläglich und leichtfertig, wie sich ihre Innenpolitik bei den Zoll- und Steuerfragen erwies.

Stresemann unter deutschnationaler Aufsicht

Keine Ministerkonferenz

Wie heute bekannt wird, soll am 21. September eine Kabinettskonferenz stattfinden, die sich mit dem Bericht der Londoner Juristenkonferenz über den Sicherheitspakt beschäftigt. Die mehrfach gesprochene Antündigung einer Ministerkonferenz ist fallen gelassen, eine entsprechende Einladung an die Reichsregierung nicht ergangen. Aus allen bisherigen Redungen geht nun hervor, daß die Kapitalisten der einzelnen Länder absolut noch nicht klar sind, auf welcher Plattform der Sicherheitspakt abgeschlossen werden soll. Die Ausschaltung Polens und der Tschechi veranlaßt diese zu Gegenaktionen. England will aber jetzt die Ostfragen ausgeschaltet wissen.

Die Deutschnationalen haben keine Duff, Herrn Stresemann allein zur Verantwortung führen zu lassen. Sie schicken ihn unter Kontrolle zu den Verhandlungen.

Der „Montag-Morgen“ schreibt: „Wie wir erfahren, dürfte es nunmehr feststehen, daß der deutschnationalen Reichsinnenminister Schiele mit Dr. Stresemann und Reichsanwalt Dr. Luther zur Väterkonferenz mit den internationalen Außenministern fährt.“

Englische Parlamentarier in Rußland

Moskau, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Am 7. September ist die Delegation der englischen Parlamentsparlamentarier in Rußland eingetroffen. Der Vorsitzende der Delegation Mitglied des Exekutivkomitees der Unabhängigen Arbeiterpartei W. H. D. hat bereits 1920 in Rußland war, erklärte den Pressevertretern: „Ich bin entzückt von dem großartigen Versuch des Wiederaufbaus der Sowjetunion. Das Ziel unseres Besuches ist, über die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Union Aufklärung zu erlangen. Wir haben beschlossen, um jeden Preis den Verteilungsstreik zu zerstreuen, in den die Kapital- und Finanzkreise Englands die Sowjetunion einzuwickeln versuchen. In England gibt es noch Leute, die auf hohem Niveau stehen, die mit dem größten Vergnügen die beiden Völker in ihre ernste Konflikte verwickeln wollten. Die gegenwärtige Regierung Englands beabsichtigt, die Völker Rußlands und Englands zu entzweien. Wir eritreuen die freundschaftlichsten Beziehungen zwischen den englischen und russischen Arbeitern an. Wir hoffen, durch den Druck der Arbeiterklasse die großbritannische Regierung zu zwingen, der Union alle die Handelsbegünstigungen einzuräumen, die sie anderen Ländern zugibt. Das würde nicht nur zur wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands beitragen, sondern würde auch die Arbeitslosigkeit in England verringern. Wir Vertreter der Arbeiterklasse wollen das wieder herstellen, was die gegenwärtige und frühere Regierung Englands an Sowjetrußland zugefügt hat.“

Die Schwerindustrie sekundiert dem DFB gegen Cool

Der Sekretär des englischen Bergarbeiterverbandes, hat in Berlin und Essen auf Einladung der DFB, für die nationale und internationale Einheit der Gewerkschaften gesprochen und dabei auch nicht die deutschen Gewerkschaftsführer verschont, die mit einer Energie, die einer besseren Sache wert wäre, die Einheit nach Etrich und Taden laborieren.

Der deutschen Einheitslaborture hat sich über das „Abwärtige Auftreten des englischen Bergarbeitersekretärs“ gegen die „Entrüstung“ bemängelt.

Die „Bergarbeiterzeitung“ des „frei-gewerkschaftlichen“ Bergarbeiterverbandes behauptet, daß Cool das Amt eines Sekretärs der Bergarbeiterinternationalen wegen mangelnder Sachkenntnis durchaus ungeeignet sei. Diese Behauptung steht der „mangelnde Sachkenntnis“ wahrheitsgemäß im Gegensatz, daß es Cool gelungen ist, am „roten Freitag“ die Attache der englischen Bourgeoisie glänzend zu parodieren. Die „Bergarbeiterzeitung“ hat aber gegen Cool einen trefflichen Scharfzücker gefunden. Das bankrotte Stinnesreptil, die von der Preußenregierung ausgehobene „Deutsche Allgemeine Zeitung“, druckt mit Behagen die Schimpfanrede der Eulenkammer gegen Cool ab und nennt das „eine verdiente Abjucht“. Die Arbeiter im DFB, werden diese Vereinnahmung der Schwerindustrie für Rußland gegen Cool voll und ganz zu würdigen wissen.

Bergarbeiterdelegation nach Rußland

Brüssel, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Vorkommnisse der Internationalen Bergarbeiterverbände, die am 18. September zusammenzutreten, werden sich unter anderem auch damit beschäftigen, einen Abgeordneten nach Rußland zu senden, der an Ort und Stelle die Arbeitsbedingungen der russischen Bergarbeiter prüfen soll.

Ein sozialdemokratischer Rußlanddelegierter gegen die Antibolschewistischehe der SPD-Führer

Chemnitz, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Am 12. September fand in Chemnitz eine Versammlung der SPD-Ka. in der Dr. Schwarz über das Thema „Der Kommunismus in Deutschland und in Rußland“ sprach. Seine Rede war eine wüste Heße gegen Sowjetrußland. Schwarz führte aus, daß der Kampf gegen die Ziele der Räte eine internationale Angelegenheit sei, die nur international gelöst werden möchte. Diese offene Aufforderung zum Kampf gegen den Sowjetstaat würde noch erschwert durch Fügen über wirtschaftliche und hygienische Zustände in Rußland. Da die Reformisten Angst vor einer geistlichen Blamage haben, ließ die Verlesung der Rußland-Delegationen dem trotz Protest der Versammlung nur 10 Minuten Redezeit gegeben wurden, rechnete gehörig mit den Verlesern ab. Nachdruck von totemem Beifall unterbrochen, forderte er die sozialdemokratischen Arbeiter auf, sich zusammenzusetzen im Kampf für Sowjetrußland. Die deutschen Arbeiter müßten dem Beispiel der russischen Gewerkschaften folgen und das Bündnis der deutschen Gewerkschaften mit den russischen und englischen Gewerkschaften herstellern. Am Schluß verles die Versammlungsleitung eine Resolution zur Annahme zu bringen, die alle zur erbärmlichen antibolschewistischen Welt enthielt. Mit überwiegender Mehrheit von etwa 3/4 der Versammlung — der größte Teil der Anwesenden waren sozialdemokratische Arbeiter — wurde diese Resolution abgelehnt.

Rühn's treuester Kommunismjäger wieder losgelassen

Das Polizeipräsidium Dresden teilte mit, daß der Polizeibeamte Wegbrod, der vor einigen Wochen in der Tschechi unter dem Verdacht des Menschenraubes verhaftet wurde, jetzt wieder freigelassen und das Verahren gegen ihn eingestellt ist.

Die Entlassung und die Einstellung des Verfahrens lassen auf eine sehr intensive Kulissenarbeit der sächsischen Regierung schließen. Auf die Fragen: „Was wollte Wegbrod mit Totschläger und Kevolver, mit Hand- und Fußfesseln in der Tschechi?“ hat die Regierung nicht geantwortet. Hat die tschechische Regierung den tüchtigen Polizeimann deshalb freigelassen, weil er „nur“ auf Kommunismjagd ging und die Kommunisten auch in der Tschechi freiwillig sind? Auf jeden Fall hat die Öffentlichkeit ein besonderes Interesse daran, zu erfahren, welche Wanders Wegbrod in der Tschechi auszuführen gedachte. Daß diese Wanders das Licht des Tages sahen, zeigt das Schweigen der Regierung.

Jeder Klassenbewusste Prolet gehört in den RFB.